In die Mitte der Gesellschaft

Richtfest beim Berliner Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Ein "Lernort" für die Geschichte der Zwangsmigration im 20. Jahrhundert soll es werden

Von Bernhard Schulz

Kostensteigerungen sind der Stoff, aus dem sich Schlagzeilen gewinnen lassen. Ja, der Umbau des Deutschlandhauses am Askanischen Platz für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) wird teurer als vor Jahren geplant, und ja, diese Steigerung erreicht bereits 40 Prozent des Ursprungsetats in Höhe von 37,6 Millionen Euro. Was mit dem Geld angestellt wurde, konnten die Auftraggeber aus der Politik und die Öffentlichkeit in Gestalt der Medien gestern in Augenschein nehmen. Es wurde Richtfest gefeiert am Deutschlandhaus, von dessen Altbau wenig mehr als die beiden Fassaden an der Stresemann- und der Anhalter Straße stehen geblieben sind. Dahinter entstand nach dem Entwurf der österreichischen Wettbewerbssieger von 2011, Marte. Marte Architekten, ein vollständig neuer Kubus. In ihm befinden sich die 3400 Quadratmeter Fläche, die die SFVV von der Bundesanstalt für Immobilien als Eigentümerin aller Bundesliegenschaften mieten wird, um auf 1700 Quadratmetern ihre Dauerausstellung und auf 400 weiteren Quadratmetern Wechselausstellungen zeigen zu können. Bislang ist die Stiftung nur als Büroadresse in Mitte vorhanden.

Anfang 2018 wird das Haus den Nutzern übergeben, dann beginnt die "Ersteinrichtung“, also die Grandausstattung mit Vitrinen, Beleuchtung und allem, was eine Ausstellung erst ermöglicht. Vor Ende 2019, so Gundula Bavendamm, die Direktorin der Stiftung, wird die Eröffnung des Hauses nicht stattfinden können.

Keine Hast also, und das ist klug gedacht; denn nichts wäre überflüssiger, als mit einer unter Zeitnot hingehauenen Ausstellung erneut die Kritik oder eher die misslaunige Abneigung zu erregen, die die Stiftung von Anbeginn begleitet hat. Überflüssig deshalb, weil Bavendamm - in Freiburg promovierte Neuzeit-Historikerin - ein Konzept hat, das Befürworter wie Kritiker der Einrichtung und damit des zugrunde liegenden Gedankens zufriedenstellen kann, dem Schicksal der Flucht und Vertreibung von zwölf bis vierzehn Millionen Deutschen aus Mittel- und Osteuropa "einen gebührenden Platz im nationalen Gedächtnis zu geben“.

Es sei das Kerngeschäft der SFVV, betont Gundula Bavendamm im Gespräch vor dem Richtfest, sich "mit den historischen Geschehnissen auseinanderzusetzen“. Die Beschäftigung mit der Geschichte und die mit der Gegenwart bedingen einander. Im künftigen Domizil der Stiftung werde es möglich, "Zwangsmigration, Vertreibung und Flucht als historische und gegenwärtige Phänomene an diesem Ort in der Mitte der Gesellschaft zu verhandeln“.

In der Mitte der Gesellschaft: auch, um Befürchtungen zu zerstreuen, die Erinnerung an die Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg könne "aus dem nationalen Gedächtnis verloren gehen“. Bavendamm verweist auf das Zeitzeugenarchiv, wie es manche Vertriebenenorganisationen bereits aufgebaut haben. Die Emotionen, die mit der Erfahrung des Verlusts von Heimat verbunden sind - Bavendamms Familie teilt selbst dieses Schicksal -, werden ihren Platz im Stiftungs-Haus finden; etwa in Gestalt eines "Raumes der Stille“, ein "Aspekt, der uns in Richtung Gedenkstätte führt“. Die SFVV sei keine reine Forschungseinrichtung, sie eröffne ein Dokumentationszentrum, "sie ist eine Art von Hybrid“.

Beim Richtfest in herbstlicher Kühle betonte Kulturstaatsministerin Monika Grütters(CDU), aus deren Haushalt ihr künftig deutlich steigender Etat finanziert wird, mit dem Dokumentationszentrum entstehe "nun auch physisch jenes .sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung', das die Bundesregierung 2008 beschlossen hat, um im Kontext der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik an die Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts und die millionenfach damit verbundenen, menschlichen Schicksale zu erinnern".

Damit fasste Grütters in einen Satz, was den holprigen Weg der Stiftung von ihrer Gründung bis zum gestrigen Tag als vorletzter Etappe vor der Eröffnung bestimmt hat. Die Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa kann nicht losgelöst von den Verbrechen des NS-Regimes und den Ereignissen des Krieges gesehen werden, aber sie hat in der Geschichte des 20. Jahrhunderts ihren eigenen Platz und ist ein legitimer Gegenstand von Erinnerung und Trauer.

Das ist und kann keine allein deutsche Angelegenheit sein, und Gundula Bavendamm entwarf in ihrer Festansprache schon einmal ein Bild der künftigen Stiftung, wo sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und eigener Geschichte an diesem Ort zusammenfinden, um Vertreibung und Zwangsmigration aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln zu betrachten. In der Gegenwart gibt's da noch Probleme, die sich am Wissenschaftlichen Beraterkreis der SFVV manifestieren, dessen nunmehr 12 Mitglieder vom Stiftungsrat im Anschluss an das Richtfest bestimmt wurden: Vertreter aus sechs Ländern sind dabei - darunter der Historiker Norman Naimark aus den USA und Ondrej Matejka vom Institut zur Erforschung totalitärer Regime in Prag -, aber aus dem für das Thema wichtigsten Nachbarland - Polen - fand sich bislang niemand zur Mitarbeit bereit. Konnte man frühere Animositäten noch auf den anfangs schlingernden Kurs der Stiftung zurückführen, so zielt die gegenwärtige Ablehnung auf die Legitimität des historischen Gedenkens überhaupt.

So bedauerte Staatsministerin Grütters nach der Stiftungsratssitzung, dass "bisher kein Vertreter aus Polen gewonnen werden konnte, was sicher auch der gegenwärtigen politischen Lage dort geschuldet" sei. Dem widersprach sofort der polnische Historiker Krzysztof Ruchniewicz. Als tatsächlichen Grund für die Verweigerung nannte er, dass sich "seit dem Rücktritt der meisten Mitglieder des international besetzten Beirats (...) in der Struktur der Stiftung nichts verändert" habe. Der Wissenschaftliche Beraterkreis sei "nach wie vor ein Debattiergremium ohne Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Stiftung und ihre Produkte, insbesondere auf die künftige Ausstellung".

Was nun die gestiegenen Kosten betrifft, die gestern mehrfach geradezu beschwörend erwähnt wurden: Allein die Decke des enormen Hauptraumes mit ihren 900 Quadratmetern, die jetzt noch auf einem Wald von "Schwerlastträgern" ruht, lässt jede zusätzliche, zum Baubeginn nicht absehbare Maßnahme als dringend erwünscht erscheinen.

Woran es gehapert hat, sprach die Vertreterin des federführenden Bundesbauministeriums aus, Monika Thomas: "Wir müssen lernen, in Zukunft intensiver über unsere Bauprozesse zu berichten." Vereinfacht gesagt: Es gab - nicht zum ersten Mal bei öffentlichen Bauten ein Kommunikationsproblem.

Dabei ist Kommunikation doch, wenn man so will, der Kern des Dokumentationszentrums "als Lernort“ - wie Grütters es bezeichnete: "Das ist es, was diese überparteiliche, unabhängige Bundesstiftung leisten kann und soll: dass sie mit der Erinnerung an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert unsere Gesellschaft und hoffentlich Besucher aus der ganzen Welt sensibilisiert für Ursachen und Folgen des Heimatverlusts.“

Erschienen: Tagesspiegel, 18.10.2016.